

3.6 Sicherheit und außenpolitischer Wandel: der Ukraine-Konflikt

Mitarbeit: Eva Rieger und Salome Becker

Der Ukraine-Konflikt seit 2013 kann sicherlich aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden, sei es Diplomatie, Intervention, Europäische Nachbarschaftspolitik oder Demokratischer Frieden. Im Folgenden wird die Perspektive des außenpolitischen Wandels eingenommen, wobei implizit angenommen wird, dass die Außenpolitik Russlands auch zukünftig von hoher Relevanz für die iB sein wird.

1. Einstieg

Grafische Darstellung 55: Trümmerteile der abgeschossenen Malaysia Airlines MH-17



Quelle: © REUTERS/Maxim Zmeyev.

Am 17. Juli 2014 löste der Tod von 298 Passagieren und Besatzungsmitgliedern der Maschine MH-17 der Malaysia Airlines weltweit Bestürzung aus. Die Maschine war auf dem Flug von Amsterdam nach Kuala Lumpur über der Ukraine abgestürzt. Die Ukraine erhob daraufhin schwere Vorwürfe gegen Russland und behauptete, die Maschine sei von Separatisten aus dem Donbass abgeschossen worden: „Wir haben Satellitenbilder des Abschusortes sowie Fotos und Videos eines Raketenabwehrsystems, was von Waffentransporten aus Russland zeugt.“ Das russische Außenministerium dementierte die Vorwürfe jedoch sofort und verwies auf die Verantwortung ukrainischer Jagdflugzeuge.

Um zu ermitteln, was genau geschehen war, wurde daher ein Joint Investigation Team (JIT) unter niederländischer Leitung einberufen. Die Ermittlungen wurden zunächst durch

bewaffnete pro-russische Separatisten erschwerte, die das Absturzgebiet kontrollierten und im Besitz des Flugschreibers waren. So konnten erst vier Tage nach dem Absturz die ersten ausländischen Experten zum Absturzort gelangen. Russland votierte im Juli 2015 als einziges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gegen die Einrichtung eines UN-Tribunals, das die Ereignisse zusätzlich zum JIT untersuchen sollte. Drei weitere Mitglieder enthielten sich.

Nach einem Jahr legte im Oktober 2015 das die Ermittlung leitende Dutch Safety Board einen Abschlussbericht vor. Nach der Auswertung von über 1000 Wrackteilen, Internetseiten, Telefongesprächen und Zeugenbefragungen kam es zu dem Schluss, dass eine 9M38M1 Rakete des russischen BUK Flugabwehrraketensystems das Flugzeug getroffen hatte. Weiter legten die Erkenntnisse nahe, dass ein solches BUK System mit Rakete nur Stunden vor dem Abschuss aus Russland in die Ostukraine überführt worden war. Der genaue Abschussort befand sich laut einem im September 2016 veröffentlichten Bericht des JIT (2016) nahe Pervomaiskyi, das zu dieser Zeit von Separatisten kontrolliert wurde. Wenige Monate zuvor war das unabhängige Netzwerk von open source Rechercheuren „Bellingcat“ (2016) in seiner umfangreichen Auswertung von Internetquellen ebenfalls zu diesem Schluss gekommen. Ob Separatisten oder die russische Armee das Flugzeug abgeschossen hatten, konnte aber auch Bellingcat nicht eindeutig bestimmen. Jedoch geben die Autoren zu bedenken, dass es einer halbjährigen Schulung bedarf, um mit solchen Waffen umzugehen. Auch die hohen Entscheidungsinstanzen, die für die Verlagerung der Luftabwehrbrigade nötig gewesen waren, legen laut Bellingcat eine Beteiligung hoher russischer Militärs nahe.

So erhärten sich die Anschuldigungen gegen Moskau, für den Abschuss der MH-17 und den Tod aller Insassen verantwortlich zu sein. Die Informationen über die involvierten Personen – von Bellingcat identifiziert – wurden bereits an das internationale Ermittlerteam weitergeleitet. Im März 2020 begann in den Niederlanden der Prozess gegen vier mutmaßlich Beteiligte, drei russische und einen ukrainischen Staatsbürger, die allerdings nicht persönlich anwesend waren (DW 2020). Den Angeklagten wird 298-facher Mord vorgeworfen. Russland zweifelte die Ermittlungsergebnisse an und wies die Vorwürfe erneut zurück. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte befasst sich mit Klagen von Hinterbliebenen gegen Russland und die Ukraine (ebd.).

2. Leitfrage: Wie kann das Verhalten Russlands im Ukraine-Konflikt verstanden werden?

3. Beschreibung: Die Geschichte des Ukraine-Konflikts

a) Die Vorgeschichte

Die Ukraine sieht – ebenso wie Russland – den historischen Kiewer Rus (9.-13. Jahrhundert) als ihren Vorgängerstaat an. Seitdem dieser nach der Eroberung durch das Mongolenreich unter Dschingis Khan unterging, wurde das Territorium von verschiedenen Großreichen (Osmanisches, Russisches, Polnisch-Litauisches, Österreichisches und Deutsches) be-

setzt und aufgeteilt (Alexander/Stökl 2009: 34, 102f., 107). Der Name „Ukraine“ (Grenzgebiet) steht für ein Gebiet zwischen verschiedenen Mächten (Kappeler 2014: 17). Der kosakische Aufstand gegen das Königreich Polen-Litauen 1648 etablierte die Herrschaft des Hetmanat und fungierte als wichtige Meistererzählung (vgl. 4. im Kap. Nahostkonflikt) des ukrainischen Nationalismus des 19. und 20. Jahrhunderts (Kappeler 2014: 28, 65ff., 70, 91-97). Bereits 1654 kam es zur Union mit den Moskowiter Zaren, was die enge Verbindung russischer und ukrainischer Geschichte begründete und die Ukraine für 200 Jahre zum Teil des Zarenreiches machte. Die Emanzipation von Russland und Gründung einer Ukrainischen Volksrepublik im Jahr 1917 scheiterte und die Ukraine wurde Teil der Sowjetunion. Unter Stalins Herrschaft führten Getreidebeschlagnahmen 1932/33 zu einer Hungersnot („Holodomor“), die den Tod von 3-4 Million Ukrainern forderte. Während die ukrainische Kultur in der Sowjetunion teilweise als solche anerkannt war – es gab abwechselnd Phasen von Russifizierung und Ukrainisierung – wurde die ukrainische Nationalbewegung systematisch bekämpft. In Folge der „Perestroika“ kam es 1991 zur Auflösung der Sowjetunion und zur gewaltlosen Unabhängigkeit und Staatsbildung der Ukraine (Alexander/Stökl 2009: 585ff, 644f., 752f.; Kappeler 2014: 232, 252).

Nach ihrer Unabhängigkeitserklärung trat die Ukraine im selben Jahr der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) bei, war jedoch gegen eine stärkere Integration des Bundes, da ihre Außenpolitik gleichermaßen auf Russland und den Westen ausgerichtet war. Die rasche Souveränität war von Russland als Schock aufgenommen worden, da man die ukrainische Frage mit der Neudefinierung der russischen nationalen Identität verbunden sah (Kappeler 2014: 253, 274-277, 280f.). Es kam außerdem zu einer Kontroverse zwischen den beiden Staaten um den Status der Krim, die sich in einem Referendum knapp für die ukrainische Unabhängigkeit ausgesprochen hatte, obwohl deren Bevölkerung größtenteils aus Russen bestand. In einem gemeinsamen ukrainisch-russischen Vertrag wurde der Status der Krim als autonome Republik der Ukraine bestätigt, die sowjetische Schwarzmeerflotte aufgeteilt und der Militärfafen Sewastopol an Russland verpachtet (ebd. 268, 276).

Nach der „Orangen Revolution“ 2004 orientierte sich die Ukraine mehr zur EU und der NATO hin. Die 1997 zusammen mit Georgien, Aserbajdschan und Moldau gegründete informelle Institution der GUAM-Staaten sollte nach 2006 zu einer Internationalen Organisation werden, die sich Demokratie und Wirtschaftsentwicklung verpflichtet sah (Deutsche Welle 24.5.2006). Die Ukraine zeigte sich außerdem interessiert an einer NATO-Mitgliedschaft, die – von der Bush-Administration befürwortet – gleichwohl auf deutsches und französisches Betreiben hin auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 abgelehnt wurde. Im Zuge der zunehmend angespannten Beziehungen zwischen Kiew und Moskau nutzte Russland die ukrainische Abhängigkeit von russischem Erdgas als politisches Druckmittel (Erdgaskonflikt; Kappeler 2014: 264, 306-310). Unter Präsident Janukowitsch verbesserten sich die Beziehungen, da er eine NATO-Mitgliedschaft ausschloss und eine russlandfreundlichere Politik betrieb als sein Vorgänger Juschtschenko. So wurden der Pachtvertrag für Russlands Schwarzmeerhafen verlängert und im Gegenzug die Gaspreise verringert. Aufgrund des angestrebten Assoziierungsabkommens mit der EU geriet die Ukraine jedoch unter Druck der russischen Regierung, die lieber deren Einstieg in eine gemeinsame Zollunion (Eurasische Union) gesehen hätte (ebd. 310-313, 334-337).

b) Die Maidan-Revolution⁸⁷

Nachdem die ukrainische Regierung sich am 21. November 2013 dagegen entschieden hatte, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, kam es zu spontanen Protesten von Studenten und zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich zunehmend auf dem zentralen Platz in Kiew („Maidan“) konzentrieren. Auf die Proteste der ‚Euromaidan-Bewegung‘ reagierte der Staat mit Polizeiaktionen und verschärfter Gesetzgebung. Die Situation eskalierte Mitte Februar 2014, als 100 Menschen auf dem Platz durch Scharfschützen getötet wurden. Unter Vermittlung der Außenminister aus Deutschland, Frankreich und Polen wurde ein Kompromiss ausgehandelt, der einen geregelten Übergang mit vorgezogenen Präsidentschaftswahlen, Verfassungsänderungen sowie einer Beteiligung der Opposition vorsah. Am nächsten Tag (22.02.2014) beschloss das Parlament die Rückkehr zur Verfassung von 2004 (die Janukowitsch suspendiert hatte) und die Entlassung des Präsidenten. Präsident Janukowitsch floh daraufhin zunächst in den Ostteil des Landes, dann nach Russland.

c) Die Krimkrise

Drei Tage später erhoben pro-russische Aktivisten auf der Krim Forderungen nach einem Referendum zur Abspaltung der Region von der Ukraine. Am 27. und 28. Februar tauchten gut ausgebildete Soldaten ohne Hoheitsabzeichen auf der Krim auf („grüne Männer“) und blockierten ukrainische Einrichtungen sowie Stützpunkte der Streitkräfte. Am 1. März erteilte der russische Föderationsrat die Erlaubnis, russische Truppen auf der Krim einzusetzen und am 2. März forderten die „grünen Männer“ die ukrainischen Soldaten auf, zu Russland überzulaufen. Als Antwort darauf verabschiedet das Europäische Parlament eine Resolution, die Russland an das eigene Versprechen erinnerte, die territoriale Integrität der Ukraine zu respektieren. Auch die internationale Staatengemeinschaft verurteilte das Vorgehen Russlands auf der Krim. Hatte Staatspräsident Putin die russische Herkunft der „grünen Männer“ zunächst dementiert, gab er später zu, dass diese Mitglieder russischer Spezialeinheiten gewesen seien, die zur Sicherheit während des Referendums entsandt worden wären (Guardian 17.12.2015). Nachdem das Regional-Parlament der Krim am 6. März um einen Beitritt zur Russischen Föderation nachgesucht hatte, fand am 16.3. ein Referendum auf der Halbinsel über die Sezession von der Ukraine statt (96,77% Zustimmung). Am darauf folgenden Tag erklärte das Regional-Parlament die Unabhängigkeit und stellte einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Russischen Föderation – der Beitritt fand am 20. März seinen Abschluss. Die westlichen Staaten sahen den Beitritt einhellig als **Annexion** und verurteilten dies als Bruch der UN-Charta, des Budapester Memorandums und der OSZE-Prinzipien (vgl. hierzu 4.). Die USA und die EU haben eine Vielzahl von Sanktionen (Stahl et al. 2016: 538f.) verhängt, bspw. wird Russland seitdem von den G8-Gipfeltreffen ausgeschlossen.

87 Die folgenden deskriptiven Abschnitte basieren auf den Chronologien über den Konflikt seit 2013 in ZEIT Online (2015) und BpB (2014).

d) Der Krieg in der Ostukraine

Die Sezessionsforderungen sprangen in der Folge auf die Ostukraine über: Am 12. Mai erklärten die Regionen um Lugansk und Donezk ihre Abspaltung von der Ukraine und vereinigen sich zu „Neurussland“. Zuvor waren in diesen Regionen mehrere Verwaltungsgebäude durch bewaffnete pro-russische Separatisten eingenommen worden und es war zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen pro-europäischen und pro-russischen Demonstranten gekommen. Dabei wird Russland beschuldigt, die Aufstände durch seine Geheimdienste gelenkt und organisiert zu haben (FAZ 09.04.2014). Im Laufe der Kämpfe in der Ostukraine wurden acht OSZE-Beobachter von Separatisten in Slawjansk als Geiseln genommen. Alexander Sachartschenko, Premier der selbsterklärten Donezker Volksrepublik, bestätigte im August 2014 offiziell, dass ca. 3.000-4.000 der kämpfenden Separatisten aus Russland stammen würden und viele von ihnen militärisch ausgebildet seien.⁸⁸ Die Unterstützung durch die russischen Kämpfer, so Sachartschenko (28.08.2014), sei einer der ausschlaggebenden Gründe, wieso die ukrainischen Streitkräfte in den Auseinandersetzungen unterliegen würden.⁸⁹ Offiziell bestätigte Russland die Beteiligung an den Kämpfen jedoch nicht.

Trotz eines vereinbarten Waffenstillstands (30.6.2014), vermittelt durch Deutschland und Frankreich, nahmen die Kämpfe zwischen ukrainischen Truppen und nationalen Milizen auf der einen, und separatistischen Milizen sowie russischen Einheiten auf der anderen Seite an Heftigkeit zu. Ein Passagierflugzeug der Malaysia Airlines wurde von einer russischen Flugabwehrrakete über der Ukraine getroffen, alle 298 Passagiere und Besatzungsmitglieder starben (vgl. Einstieg). Weitere Verhandlungen führten am 5.9. zu einer Waffenruhe, die aber nicht eingehalten wurde. Militärische Offensiven von Separatisten, unterstützt durch russische Einheiten, stabilisierten die Front zugunsten der abgespaltenen Regionen. Dem in Minsk (I) ausgehandelte Waffenstillstand vom 9. Dezember war keine Dauerhaftigkeit beschieden. In den Anschlussverhandlungen von Minsk II einigten sich die Konfliktparteien erneut auf einen Waffenstillstand (12.2.2015), der allerdings in den Folgemonaten immer wieder durch lokale Feuergefechte gestört worden ist. Bis Anfang Februar 2020 sind bei den Kämpfen laut UN-Angaben mehr als 13.000 Menschen ums Leben gekommen (SWR 2020). Mit der Präsidentschaft Wolodymyr Selenskyjs ab Mai 2019 nahmen Verhandlungen zwischen ukrainischer und russischer Seite sowie Gefangenenaustausche wieder zu. Ungeachtet davon kommt es noch immer zu tödlichen Gefechten (BBC 2020). An den Minsk II Vereinbarungen hält man allerdings fest.

88 Die einzelnen Aussagen von Alexander Sachartschenko wurden auf der Online-Nachrichtenplattform Sputnik News veröffentlicht, einem Ableger der staatlichen russischen Nachrichtenagentur Rossija Sewodnja. Andere Quellen beziehen sich auch auf jenes Interview, aber ohne Zitate zu veröffentlichen.

89 Die Hinweise auf die Anwesenheit regulärer russischer Truppen in der Ostukraine sind auch jenseits dieses Selbsteingeständnisses sehr zahlreich (vgl. Schuller 2016: 2).

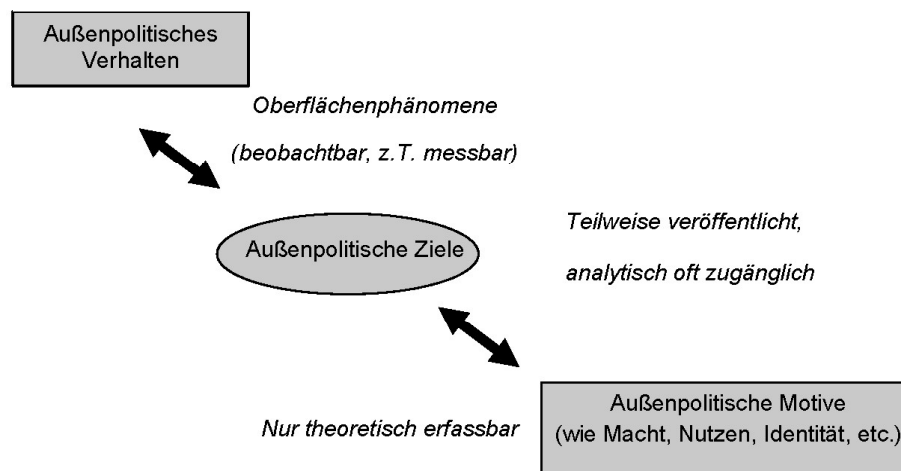
4. Analyse: Der Wandel der Russischen Außenpolitik

a) Analysemodell zu außenpolitischem Wandel

Die im Deskriptionsteil angeklungene Frage nach Kontinuität und Wandel der Außenpolitik ist eine sehr häufige in der Außenpolitikforschung. Analytisch gilt es, verschiedene Ebenen zu unterscheiden, auf denen Kontinuität oder Wandel diagnostiziert werden können. Die meisten Ansätze sehen zumindest drei Ebenen vor (vgl. Abbildung unten): Erstens die außenpolitischen Mittel und Instrumente, die zum Einsatz kommen (Verhaltensebene), zweitens die politischen Ziele, die planvoll mittelfristig erreicht werden sollen (Zielebene) sowie drittens die Ebene der den Handlungen zugrundeliegenden Motive (etwa Macht, Nutzenkalkül oder Identität).

Diese Abstufung erlaubt eine nuancierte Untersuchung von außenpolitischem Wandel. So lässt sich beurteilen, ob die Krimkrise lediglich eine Verhaltensabweichung bei unveränderten Zielen und Motiven Russlands darstellt, oder ob sie einen grundlegenden Wandel der Motive widerspiegelt. Diese Frage nach den Motiven lässt sich aber nur unter Zuhilfenahme einer Theorie (vgl. Punkt 5) beantworten. Das Modell bietet insofern vor allem eine konzeptionell-analytische Hilfestellung: Von welchen Annahmen geht man aus, wenn man vom „Wandel der russischen Außenpolitik“ spricht?

Grafische Darstellung 56: Außenpolitischer Wandel



Quelle: Eigene Darstellung inspiriert durch Medick-Krakau (1999): 3-32.

b) Anwendung auf die Russische Außenpolitik

Um die Frage zu beantworten, ob ein Wandel in der Russischen Außenpolitik stattgefunden hat, müssen alle drei Ebenen des Modells untersucht werden. Es ist also zunächst zu klären, welches Verhalten sich in der Ukraine-Krise gezeigt hat.

Außenpolitisches Verhalten

Nähert man sich der Außenpolitik eines Staates, so können zunächst die eingesetzten Instrumente und die beobachtbaren *policies* in einem bestimmten Zeitabschnitt untersucht werden: das außenpolitische Verhalten. Als außenpolitisches Verhalten kann zunächst jeder Versuch eines Staates gesehen werden, auf seine Umgebung einzuwirken. Dies umfasst zum einen diplomatische Mittel (vgl. 3. im Kap. Diplomatie), zum anderen aber auch Instrumente militärischer Gewalt. Doch sind hierbei auch Kombinationen denkbar: So ist das Verhalten Russlands in der Ukraine-Krise von westlichen Politikern, Politikberatern und Militärexperten mit dem analytischen Terminus „**hybride Kriegsführung**“ bezeichnet worden (Racz 2015). Diese meint die gleichzeitige Anwendung konventioneller wie irregulärer Kriegsführung, terroristischer und verdeckter Aktionen sowie Propaganda, wobei durch „glaubhafte Abstreitbarkeit“ (*plausible deniability*) die jeweilige Beteiligung verschleiert wird (Asmussen et al. 2015). Neben den traditionellen Wirkungen auf dem Schlachtfeld bedeutet „hybride Kriegsführung“ darüber hinaus, die Öffentlichkeit und Bevölkerung des betroffenen Landes, aber auch die eigene sowie die internationale Öffentlichkeit zu beeinflussen. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung wird weitgehend bezweifelt, ob es sich bei „hybrider Kriegsführung“ um etwas strukturell Neues handelt (Ehrhart 2016). In jedem Fall aber verweist die zunehmende Anwendung des Begriffs in Bezug auf die russische Außenpolitik in der Ukraine-Krise darauf, dass auf der Verhaltens-ebene ein Wandel diagnostiziert wird.

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt für Verhaltenswandel stellen die sogenannten **Dyaden** dar, die die Beziehungen zwischen einzelnen Staaten abbilden. Hierbei wäre es naheliegend, beispielsweise die russisch-US-amerikanischen, russisch-ukrainischen oder auch deutsch-russischen Beziehungen im Laufe der letzten Jahre näher zu betrachten: Welche Konflikte gab es zwischen den Staaten und wie wurden sie gelöst, bzw. wie haben sie die Beziehungen verändert? In die Regierungszeit Jelzins (1991-99) fielen einige außenpolitische Entscheidungen, die aus westlicher Sicht kooperativ gedeutet wurden, so etwa die Auflösung der Sowjetunion, die Einigung mit der Ukraine zur Atomwaffenfrage im Budapester Memorandum (siehe unten), die Gründung der NATO-Russland Akte und die Zusage im Rahmen der OSZE, die restlichen russischen Truppen aus der Republik Moldau und Georgien abzuziehen. In den ersten Jahren Putins und Medwedjews zeigte sich überwiegend noch Kontinuitätsverhalten (Solidarität nach 9/11, Wunsch nach WTO-Beitritt, Mitarbeit im NATO-Russland Rat), während die Verhärtung der russischen Position in den Kosovo-Verhandlungen 2005-7 als Indikator für einen Wandel hin zu einer konfrontativeren Politik gegenüber dem Westen wahrgenommen wurde.

Ein weiterer wichtiger Aspekt zur Bestimmung von Verhaltensmustern bietet auch die **Einhaltung des internationalen Rechts**. So könnte beispielsweise untersucht werden, inwiefern sich Russland in früheren Konflikten an das internationale Recht gehalten hat. Beispiel Georgien-Krieg (auch Kaukasuskrieg genannt) 2008: Da die russische Intervention in Georgien in Reaktion auf einen georgischen Angriff erfolgte, hat Russland nach überwiegender Meinung rechtskonform gehandelt.⁹⁰ Welche Rechtsnormen kommen nun für die Krim und die Ostukraine in Betracht? Die Grundsätze der UN-Charta und der Helsinki-Schlussakte der OSZE stellen natürliche Referenzpunkte dar:

90 So etwa der Untersuchungsbericht der EU: IIFMCG Report, Vol. 1, S. 22f. Online unter: https://web.archive.org/web/20091007030130/http://www.ceiiig.ch/pdf/IIFMCG_Volume_1.pdf [letzter Zugriff: 31.01.2020].

UN-Charter Article 2 (4): “All Members shall refrain in their International relations from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of any state, or in any other manner inconsistent with the Purposes of the United Nations.” (UN)

OSZE-Prinzipien der Helsinki Schlussakte von 1975: „Die Teilnehmerstaaten werden die territoriale Integrität eines jeden Teilnehmerstaates achten. Dementsprechend werden sie sich jeder mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen unvereinbaren Handlung gegen die territoriale Integrität, politische Unabhängigkeit oder Einheit eines jeden Teilnehmerstaates enthalten, insbesondere jeder derartigen Handlung, die eine Androhung oder Anwendung von Gewalt darstellt. Die Teilnehmerstaaten werden ebenso davon Abstand nehmen, das Territorium eines jeden anderen Teilnehmerstaates zum Gegenstand einer militärischen Besetzung oder anderer direkter oder indirekter Gewaltmaßnahmen unter Verletzung des Völkerrechts oder zum Gegenstand der Aneignung durch solche Maßnahmen oder deren Androhung zu machen. Keine solche Besetzung oder Aneignung wird als rechtmäßig anerkannt werden.“ (OSZE 1975)

Beide Rechtsnormen wurden von Russland nach Lesart der meisten Völkerrechtler im Falle der Krim gebrochen.⁹¹ Die Missachtung des Völkerrechts ist im Vergleich zu früheren Auseinandersetzungen ein neues Verhaltensmuster. Konkret verstieß Russland in Bezug auf die territorialen Grenzen der Ukraine auch gegen das Budapester Memorandum (1994):

“The Russian Federation, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America reaffirm their commitment to Ukraine (...) to respect the independence and sovereignty and the existing borders of Ukraine (...). The Russian Federation, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America reaffirm their obligation to refrain from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of Ukraine, and that none of their weapons will ever be used against Ukraine except in self-defence or otherwise in accordance with the Charter of the United Nations;” (CfR 05.12.1994)

Das Budapester Memorandum sollte nach Beendigung des Kalten Krieges den Abbau von Atomwaffen auf ukrainischem Boden regeln. Alle ukrainischen Atomwaffen wurden an Russland abgegeben unter der Bedingung, dass Russland – sowie das Vereinigte Königreich und die USA – die territorialen Grenzen der Ukraine garantieren würden. Die Untersuchung der ersten Analyseebene hat demnach gezeigt, dass es zumindest starke Indizien für einen Verhaltenswandel in der Russischen Außenpolitik unter Putin gibt. Jedoch ist das Verhalten als Teil der operativen Politik in der Regel eine Reaktion auf konkrete politische Ereignisse und vermag wenig Grundsätzliches zur Außenpolitik eines Landes auszusagen. Um also festzustellen, ob sich die Außenpolitik in der längerfristigen Perspektive gewandelt hat, bedarf es der Analyse der außenpolitischen Ziele.

Außenpolitische Ziele

Außenpolitische Ziele eines Staates werden meist für mehrere Jahre festgelegt und ausgearbeitet und sind daher beständiger als außenpolitisches Verhalten. Daher gilt es im Folgenden zu untersuchen, ob sich im Ukraine-Konflikt auch veränderte Ziele Russlands manifestieren. Außenpolitische Ziele kommen zum einen in Grundlagenkonzepten der Regierung zum Ausdruck, in Russland etwa dem Außenpolitischen Konzept, dem Nationalen

91 Ob und unter welchen Umständen sich ein Gebiet von einem Staat separieren kann, um sich einem anderen Staat anzuschließen, wird im Völkerrecht ausgiebig diskutiert. Im Falle der Krim war die Abspaltung nicht im Einklang mit der ukrainischen Verfassung und das Referendum erfüllte nicht die Kriterien freier und unabhängiger Wahlen (vgl. Venedig Kommission 2014). Deshalb sprechen die meisten Völkerrechtler von einer „Annexion“ der Krim, also einer gewaltsamen, völkerrechtswidrigen Aneignung eines Gebietes, das zuvor einem anderen Staat gehörte (vgl. auch Peters 2014).

Sicherheitskonzept oder der Militärdoktrin (de Haas 2010: 15ff.). Zum anderen thematisieren führende Amtsträger die Ziele in Grundsatzreden zur Außenpolitik. Die folgenden Zitate aus der Rede Wladimir Putins vor dem Deutschen Bundestag 2001 und auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 verdeutlichen exemplarisch einen solchen Wandel der außenpolitischen Ziele:

„Unter der Wirkung der Entwicklungsgesetze der Informationsgesellschaft konnte die totalitäre stalinistische Ideologie den Ideen der Demokratie und der Freiheit nicht mehr gerecht werden. Der Geist dieser Ideen ergriff die überwiegende Mehrheit der russischen Bürger. Gerade die politische Entscheidung des russischen Volkes ermöglichte es der ehemaligen Führung der UdSSR, diejenigen Beschlüsse zu fassen, die letzten Endes zum Abriss der Berliner Mauer geführt haben. Gerade diese Entscheidung erweiterte mehrfach die Grenzen des europäischen Humanismus, sodass wir behaupten können, dass niemand Russland jemals wieder in die Vergangenheit zurückführen kann. (...)“

„Wir sind natürlich am Anfang des Aufbaus einer demokratischen Gesellschaft und einer Marktwirtschaft. Auf diesem Wege haben wir viele Hürden und Hindernisse zu überwinden. Aber abgesehen von den objektiven Problemen und trotz mancher – ganz aufrichtig und ehrlich gesagt – Ungeschicklichkeit schlägt unter allem das starke und lebendige Herz Russlands, welches für eine vollwertige Zusammenarbeit und Partnerschaft geöffnet ist.“ (Putin 2001)

In seiner Rede von 2001 bekennt sich Putin zu dem Aufbau einer Demokratie und einer liberalen Marktwirtschaft in Russland. Zudem spricht er von einer Öffnung gegenüber den westlichen Ländern und drückt seine umfängliche Kooperationsbereitschaft aus. Knapp sechs Jahre später, auf der Münchener Sicherheitskonferenz, hielt Putin erneut eine Rede, die als „Brandrede“ für viel Aufmerksamkeit sorgte. Die folgenden Ausschnitte zeigen die Kehrtwende in der Einstellung Russlands gegenüber dem Westen:

„[1] However, what is a unipolar world? (...) [2] It is a world in which there is one master, one sovereign. And at the end of the day this is pernicious not only for all those within this system, but also for the sovereign itself because it destroys itself from within. And this certainly has nothing in common with democracy. (...) [3] Incidentally, Russia – we – are constantly being taught about democracy. But for some reason those who teach us do not want to learn themselves.“

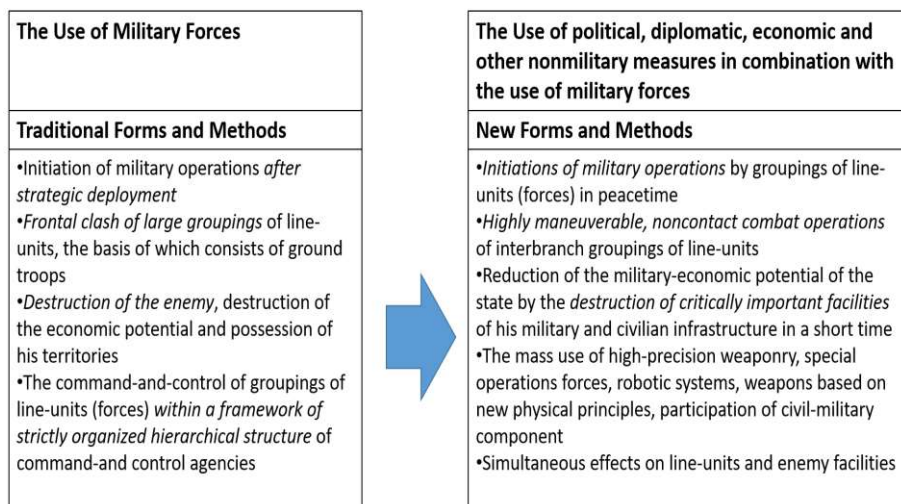
„[4] We are seeing a greater and greater disdain for the basic principles of international law. And independent legal norms are, as a matter of fact, coming increasingly closer to one state's legal system. One state and, of course, first and foremost the United States, has overstepped its national borders in every way. This is visible in the economic, political, cultural and educational policies it imposes on other nations. Well, who likes this? Who is happy about this?“

„[5a] People are trying to transform the OSCE into a vulgar instrument designed to promote the foreign policy interests of one or a group of countries. And this task is also being accomplished by the OSCE's bureaucratic apparatus which is absolutely not connected with the state founders in any way. Decision-making procedures and the involvement of so-called non-governmental organisations are tailored for this task. These organisations are formally independent but they are purposefully financed and therefore under control. [5b] According to the founding documents, in the humanitarian sphere the OSCE is designed to assist country members in observing international human rights norms at their request. [...] But this does not mean interfering in the internal affairs of other countries, and especially not imposing a regime that determines how these states should live and develop.“ (Putin 2007)

In der Rede wird die Kritik Putins am Westen und den westlichen Forderungen nach demokratischen Reformen in Russland deutlich. Der Westen und insbesondere die USA versuchen, laut Putin, diese Werte zu instrumentalisieren, um den Erhalt einer unipolaren Weltordnung zu sichern. Die OSZE wird von ihm als ein solches Instrument der westlichen Kontrolle und Einschüchterungstaktik gegenüber Russland benannt. Es lässt sich also ein drastischer Wandel gegenüber den Aussagen von 2001 erkennen. Der Westen wird nicht

mehr als Kooperationspartner Russlands gesehen, sondern als Bedrohung der russischen Souveränität dargestellt.

Grafische Darstellung 57: Wandel der russischen Militärdoktrin



Quelle: Eigene Darstellung.

Diese Perzeption, die durch die Reden ausgedrückt wird, deckt sich mit den neuen Militärstrategien Russlands. Die vom Generalstabschef Waleri Wassiljewitsch Gerassimov (2013) verfasste Doktrin formuliert die neuen außenpolitischen Ziele Russlands, die in die russische Militärstrategie vom Dezember 2014 eingeflossen sind. Die Doktrin beschreibt, wie Russland zukünftig militärisch operieren sollte. Die neue Strategie der Kriegsführung (vgl. hybride Kriegsführung oben) sowie die veränderte Rhetorik Putins bestärken die Vermutung gewandelter außenpolitischer Ziele.

Außenpolitische Motive (Macht, Nutzen, Identität)

In vielen Beurteilungen und Einschätzungen der russischen Außenpolitik wird auf den „Taktiker“ Putin verwiesen, der sich an den operativen Chancen orientiert, die sich ihm bieten. Eine anders gelagerte Einschätzung würde sich ergeben, wenn sich die russische Identität insgesamt gewandelt hätte. Dann wäre der Verhaltenswandel kein Resultat taktischer Überlegungen eines Politikers, sondern ein zu erwartender Ausdruck der nationalen Identität. Da ein Identitätswandel sehr tiefgreifend ist und einen langen Prozess darstellt, ist er das stärkste Indiz für einen tatsächlichen Wandel in der Außenpolitik eines Staates. Um die Identität eines Staates zu analysieren, bedarf es jedoch einer Theorie, die eine Identität bestimm- und vergleichbar macht. Dazu eignet sich beispielsweise die Diskursgebundene Identitätstheorie, die im folgenden Abschnitt vorgestellt wird.

5. Erklärung: Diskursgebundene Identitätstheorie

Wie können wir den Wandel der Russischen Außenpolitik in der Ukraine-Krise nachvollziehen? Um die Veränderung der Russischen Außenpolitik grundsätzlicher – also im Sinne ihrer Motive – zu untersuchen, kann auf Theorien zur nationalen Identität zurückgegriffen werden. Identitätstheorien gehören zur sozialkonstruktivistischen Theorieschule. Im Gegensatz zu Theorien, die die Gründe für das Verhalten von Staaten im internationalen System suchen – wie etwa der systemische Sozialkonstruktivismus von Wendt (vgl. Kap. Nahostkonflikt) – verweisen Theorien der nationalen Identität auf die Verfasstheit der nationalen Gesellschaften: Nicht die Identität der Individuen (*1st image*) oder die Identitäten des internationalen Systems (*3rd image*) prägen also die Außenpolitik eines Staates, vielmehr ist es die nationale Gesellschaft (*2nd image*), weswegen dieser Ansatz zum „**sozialen Sozialkonstruktivismus**“ gezählt wird. Aber was ist Identität? Im Gegensatz zu realistischen und liberalen Ansätzen, die bestimmte Faktoren fest als bestimmend annehmen (Macht bzw. Kosten-Nutzen), bedürfen sozialkonstruktivistische Theorien einer voraussetzungsreichen Vorstudie, um in einem ersten Schritt zu ermitteln, was Identität überhaupt meint – die Variable muss „endogenisiert“ werden. In diesem Kapitel heißt das konkret: Was macht die russische Identität aus? Im Folgenden werden deshalb zunächst allgemein die Annahmen und das Instrumentarium von Diskursgebundenen Identitätstheorien erörtert, bevor spezieller auf die Theorie von Ted Hopf zurückgegriffen wird, der in seiner Studie „*Social construction of International Politics. Identities and foreign policies, Moscow, 1955 & 1999*“ (2002) die außenpolitisch relevante russische Identität bestimmt hat. Im Anschluss wird mit Hilfe einer ersten Plausibilitätsstudie die russische Identität auf die Ukraine-Krise, respektive den Beitritt der Krim zur Russischen Föderation, angewendet.

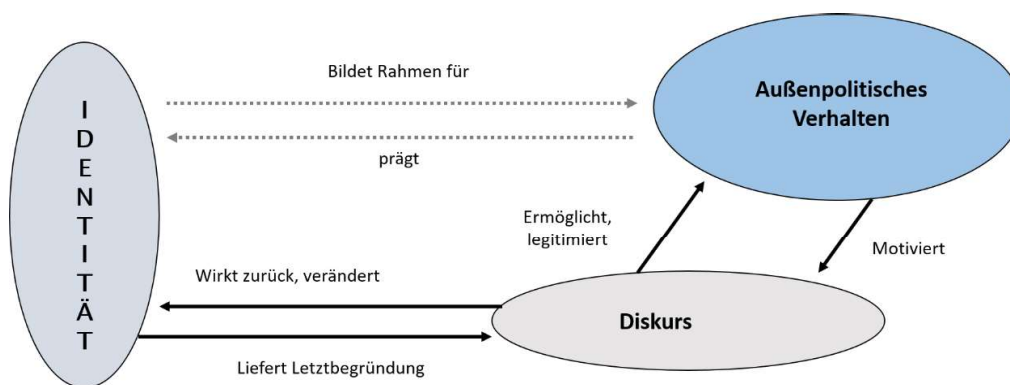
a) Annahmen

„Identität“ wird verstanden als “images of individuality and distinctiveness (‘selfhood’) held and projected by an actor and formed (and modified over time) through relations with significant others” (Jepperson et al. 1996: 59). Diese formbaren Selbst- und Fremdbilder sind im Laufe der gesellschaftlichen Geschichte entstanden – vor allem geprägt durch extreme Zeiten wie Kriege – und spiegeln das wider, was eine Gesellschaft sein will. Hierfür ist das gemeinsame Verständnis von Zugehörigkeit (*belonging*) zu einer Gruppe, einem Territorium und einer Zivilisation oder Kultur zentral. Diese Zugehörigkeit wird ausgedrückt durch die Betonung von vornehmlichen nationalen Charakteristika und Besonderheiten, die die eigene Nation von anderen unterscheidet (Nadoll 2003: 172).

Wenn wir annehmen, dass Entscheidungsträger ihre politischen Entscheidungen in der Außenpolitik begründen und absichern müssen (allein schon, um nicht abgewählt zu werden) und sie gleichfalls „ein Kind der Gesellschaft“ sind, so wird deutlich, dass Außenpolitik gesellschaftlich rückgebunden wird. Die nationale Identität stellt ein Reservoir an Begründungen und Legitimationen für Entscheidungen (*reasons for action*) bereit und definiert somit indirekt das, was möglich und denkbar und das, was unmöglich und undenkbar ist (Cruz 2000: 277). In Frankreich etwa ist der Besitz von Atomwaffen ein Ergebnis eines gesellschaftlichen Konsenses, während in Deutschland eben dieser Besitz mit Verweis auf die Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur undenkbar erscheint.

Wie wandeln sich Identitäten? Diskursgebundene Identitätstheorien gehen davon aus, dass hierfür das Bindeglied zwischen Identität und Außenpolitik, der Diskurs, verantwortlich ist. Politische Diskurse erfüllen in demokratischen Gesellschaften verschiedene Funktionen: Sie formen politische Diskussionen, indem sie politische Ereignisse erklären, politische Handlungen rechtfertigen, historische Erinnerungen (re-)interpretieren und Identität (re-)konstruieren (March/Olsen 1995: 45, 66). In Diskursen wird eine Vernunftauffassung, ein *common sense* geschaffen, der von weiten Teilen der Bevölkerung geteilt wird. Diskursanalysen können also zeigen, wie eine Gesellschaft politische Optionen strukturiert und limitiert, so dass Entscheidungsträger nur ganz bestimmte Optionen „angemessen“ finden bzw. als vertretbar darstellen (Westlind 1996: 116). In der Regel sind es außenpolitische Großereignisse (wie Kriege), die einen Diskurs auslösen, der entweder die jeweilige nationale Identität bestätigt oder verändert. Außenpolitischer Wandel bahnt sich also diskursiv an, muss aber zumindest im Nachhinein bestätigt werden.

Grafische Darstellung 58: Grundmodell der diskursgebundenen Identitätstheorie



Quelle: Mit kleinen Änderungen aus Nadoll 2003: 181.

Argumente aber kommen nicht aus dem Nichts, sondern zehren von Argumenten, die sich in der Vergangenheit bewährt haben: je identitärer eine Begründung, desto erfolgversprechender! Solche Argumente lassen sich clustern, d. h. unter bestimmten Merkmalen zusammenfassen, etwa in Form von **Diskursformationen** (Stahl und Harnisch 2009: 41-48). Sie versammeln ein oder mehrere bekannte, identitätsgeprägte und daher handlungsleitende und -rechtfertigende Argumentationsmuster, die von einer Gruppe von Diskursträgern genutzt werden (Nadoll 2003: 176). Diskursformationen strukturieren Diskurse also primär nach ihren Hauptargumenten und weniger nach den Hauptakteuren (Hansen 2006: 52). In *discursive formations* können z. B. unterschiedliche Parteifractionen entsprechend ihrer außenpolitischen Orientierung erfasst werden, was insbesondere dann von Vorteil ist, wenn die politischen Parteien die außenpolitischen Traditionslinien eines Landes nicht gut abbilden (z. B. vertreten „Realos“ und „Linke“ bei den Grünen oft verschiedene außenpolitische Positionen).

Eine Diskursformation stellt ein identitäres Muster dar, das einer traditionellen außenpolitischen Argumentationslinie eines Landes entspricht. In einer Diskursformation werden Identitätselemente mit dem bestehenden Argumentationsmuster und den daraus resultierenden Handlungsempfehlungen verknüpft, so dass eine Formation zeitlich relativ stabil und in gesellschaftliche Institutionen eingebettet ist.

Grafische Darstellung 59: Beispiel der pazifistischen Diskursformation in Deutschland

Diskursformation	Identitätselemente	Argumentationsmuster	Handlungsempfehlungen	Diskursträger
DF der unbedingten Zurückhaltung	<ul style="list-style-type: none"> - das verantwortungsbewusste Deutschland - das europäische Deutschland - die deutsche Frage 	<ul style="list-style-type: none"> - einzigartige moralische Verantwortung („nie wieder Krieg“), militärische Mittel abzulehnen - keine dt. Uniformen im Ausland - ‚alte‘ Ängste der Nachbarn vermeiden - Leiden der Zivilbevölkerung 	<ul style="list-style-type: none"> - keine militärischen Auslandseinsätze der Bundeswehr - Bemühen um diplomatische Lösungen - Verhinderung der Militarisierung der EU 	<p>PDS/Die Linke, Linke der Grünen, Linke in der SPD (Linke in der FDP bis 1998)</p> <p>Teile der CDU/CSU und FDP seit 2011</p>

Quelle: Stahl 2012: 580.

Eine Diskursformation steht in einer pluralistischen Gesellschaft stets im Wettbewerb mit anderen Diskursformationen (Hopf 2002: 1). In politischen Krisen und Situationen außenpolitischen Scheiterns sind Herausforderungen von dominanten Diskursformationen, sog. *contestation*s, zu erwarten. Im Zuge solcher Auseinandersetzungen können sich Diskursformationen neu formieren, indem sie ähnliche Handlungsempfehlungen formulieren (**Diskursallianz**) oder sich bisherige Diskursformationen teilen. Diskursformationsveränderungen bringen immer auch Machtverschiebungen mit sich, weil Argumentationen – und damit die Diskursträger, die sie vertreten – geschwächt oder gestärkt werden.

Wie kann nun identitärer Wandel konzeptualisiert werden? Identitärer Wandel kann dann angenommen werden, wenn eine neue Diskursallianz gebildet wird oder gar eine neue Diskursformation entsteht. Für die Systematisierung der Beziehung zwischen Identitäts- und Verhaltenswandel ergeben sich daraus vier Kombinationen (Grafische Darstellung 60).

In einer diskursgebundenen Identitätsanalyse lassen sich Aussagen über die Wahrscheinlichkeit von Verhaltenswandel machen. War bspw. eine Regierungsentscheidung zugunsten eines Auslandsengagements unumstritten, ist es unwahrscheinlich, dass die Regierung in einem zukünftigen, ähnlich gelagerten Fall anders entscheiden würde. Doch selbst wenn das Auslandsengagement innenpolitisch sehr umkämpft war, führt dies nicht zwangsläufig zu einem Verhaltenswandel. Dieser ist nur dann wahrscheinlich, wenn sich zuvor auch die Stärke der Diskursformationen zugunsten der Argumentation für Wandel verändert hat. Diskursformationsverschiebungen können unterschiedlichen Ursprungs sein: Der einfache Fall ist ein Regierungswechsel, unter der Bedingung, dass dadurch eine andere Diskursformation „an die Macht“ kommt. Genauso möglich sind Veränderungen innerhalb der Regierungsparteien oder Stimmungsumschwünge innerhalb der Bevölkerung. Generell lässt sich aus diskurstheoretischer Sicht die These aufstellen, dass Verhaltenswandel möglich ist, wenn eine vorherige außenpolitische Entscheidung umstritten war (*contestedness*). Er ist wahrscheinlich, wenn sich die Stärke der Diskursformation(en) dementsprechend verändert. Jenseits der Veränderung der Regierungskonstellation sind zwei weitere Faktoren in der Literatur herausgearbeitet worden, die Identitätswandel hervorrufen können: formative Ereignisse und das wahrgenommene Verhalten der Partner, insbesondere von Großmächten (Stahl 2003: 376-377). **Formative Ereignisse** sind solche internationalen Ereignisse, die als krisenhaft und folgenreich wahrgenommen werden, und die die Wahrnehmung der internationalen Umgebung, eines Konflikts oder der eigenen Handlungsmöglichkeiten nachhaltig verändern (Breuning 2007: 79).

Grafische Darstellung 60: Verhaltens- und Identitätswandel

Verhaltenswandel	Identitätswandel	Implikation	Sicherheitspolitische Beispiele
Ja	Ja	Nachhaltiger Wandel Diskurs ermöglicht Verhaltenswandel; die Regierung setzt sich mit ihrer Rhetorik durch	Deutscher Wiederbewaffnungsdiskurs in den 1950er Jahren; deutsche Waffenlieferungen an die Peshmerga (2014)
Nein	Ja	Vorbereitender Wandel Die Regierung nutzt ihren identitären Spielraum nicht	Deutscher Out-of-area-Diskurs in den 1990er Jahren; Bereitschaft der Bevölkerungen in den meisten EU-Ländern, die GASP zu vergemeinschaften
Ja	Nein	Nachholender Wandel Die Regierung nutzt ihren identitären Spielraum; der Verhaltenswandel ist identitär gedeckt	Deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg
Nein	Nein	a. Verhaltenskontinuität oder b. gescheiterter Wandel	a. Operative Außenpolitik b. frz. Ablehnung der EVG (1954)

Quelle: Stahl und Harnisch 2009: 47.

Gelingt es einer Gruppe von Diskursträgern, sich mit ihren Argumentationsmustern durchzusetzen, haben sie „Diskurshegemonie“ erlangt. Der dominante Diskurs stimmt (idealerweise) am meisten mit allgemeinen Erfahrungen überein, ihn umgibt daher ein „Mantel der Normalität“ (Bach 1999: 50). Eine **Diskurshegemonie** ermöglicht es, die operative Außenpolitik und zukünftige Handlungen ähnlich zu begründen und somit abzusichern. Darüber hinaus stellt sie zugleich argumentative Ressourcen zur Deutung der Vergangenheit zur Verfügung und fließt insofern auch in die Geschichts- oder Erinnerungspolitik eines Staates ein (vgl. 4. im Kap. Nahostkonflikt).

b) Die nationale Identität Russlands in der Außenpolitik

Für die Identitätskonstruktion Russlands werden folgende Identitätselemente als bestimmend für die Außenpolitik angesehen (Lo 2003: 27, 101, 104; Malinova 2013: 82; Taras 2013: 2ff.): Russland als Teil des Westens, Russland als Imperium, Russland als Teil Europas, Russland als besonderes und ursprüngliches Land, Russland als Großmacht und Russland als integrales Mitglied der Gemeinschaft zivilisierter Staaten. Dabei gilt das Selbstverständnis als Großmacht als besonders stark, denn: „Russia’s identity is a realist identity“ (Kropatcheva 2010: 155).

Ted Hopf (2002: 33-37) hat für die russische Außenpolitik die drei für die Außenpolitik relevanten russischen Diskursformationen von 1955 bis 1999 aus Romanen, Zeitschriften, Konferenzpapieren, Lehrbüchern und Erinnerungen von politischen Persönlichkeiten rekonstruiert. Dabei handelt es sich um die Diskursformationen „**New Western Russian**“ (NWR), „**New Soviet Russian**“ (NSR) und „**Liberal Essentialists**“ (LE). Die „New Western Russian“-Diskursformation war laut Hopf nach dem Ende der Sowjetunion zunächst sehr stark. Das Hauptelement stellt die Abgrenzung zur sowjetischen Vergangenheit dar und viele Argumentationsmuster enthalten eine Orientierung Russlands am Westen. Dabei unterscheidet die Diskursformation in der Wahrnehmung des Westens nicht zwischen den

USA und Europa. Die Stärkung des Landes soll durch Liberalisierung und Demokratisierung erfolgen (Hopf 2002: 214ff.). Ein zentrales Argument dieses Diskurses ist zudem, dass Russland durch den Besitz von Atomwaffen und die prominente Präsenz in Internationalen Organisationen auf Augenhöhe mit dem Rest der internationalen Gemeinschaft verhandeln kann. Diese Argumentationslinie war besonders stark unter der Präsidentschaft Jelzins. Vertreter der anderen beiden Diskursformationen kritisierten die Anhänger des NWR scharf, denn die Währungskrise 1998, der Kosovo-Krieg 1999 und die NATO-Osterweiterung belegten aus ihrer Sicht das Ausnutzen der russischen Schwäche durch den Westen.

Grafische Darstellung 61: Die drei russischen Diskursformationen nach Hopf

	Three Discourses, Six Themes		
	New Western Russian	Liberal Essentialist	New Soviet Russian
Russian nation	Irrelevant category of analysis	Russian uniqueness	Slavic fraternity
Nuclear weapons	Russian security guaranteed	Russian security enhanced, great power status assured	Enables great power behavior vis-à-vis the U.S.
Centering Russia	Become the West	Become the real Russia	Restore as much of the USSR as feasible
International institutions	Route to great power status	Route to great power status and security	Poor substitute for military power
Binarization and balance of power	No external binary; Russia is part of a unipolar coalition	No binaries; Russia is part of an irreducibly multipolar world	Binaries at home and abroad; bipolar competition prevails
The West	West = U.S. + Europe	West = Europe	U.S. controls the West

Quelle: Hopf 2002: 220.

Die Diskursformation „**New Soviet Russian**“ war schon zu sowjetischen Zeiten im politischen Diskurs vertreten. In ihr wird Russland als der natürliche Gegenpol zu den USA und der NATO beschrieben, wohingegen der Rest Europas als Büttel der USA charakterisiert wird (Hopf 2002: 215f.). Nicht Demokratisierung und Liberalisierung, sondern Atomwaffen, Aufrüstung und ein geopolitischer Anspruch machen Russland sicher und garantieren seinen Weltmachtstatus. Demnach wird „*balancing*“ als die einzige vernünftige sicherheitspolitische Strategie angesehen. Zudem wird ein natürliches Band mit ethnischen Russen außerhalb Russlands oder slawischen Bruderstaaten wie Weißrussland oder Serbien vorausgesetzt und ein militärisches Eingreifen zu deren Schutz als selbstverständlich beurteilt. Daher ergibt sich aus diesem Diskurs, dass die Wiedererweckung des Kalten Krieges eine bloße logische Konsequenz aus den benannten Argumenten darstellt und im besten Fall die Rückkehr zur Sowjetunion anzustreben sei (ebd. 217). Kritiker dieser Argumente haben jedoch vorgebracht, die Positionen seien vergangenheitsorientiert, denn schließlich hätte sich die Sowjetunion bekanntlich als unhaltbar erwiesen, da sie wirtschaftlich zu ineffizient war.

Eine dritte Diskursformation, die in mancherlei Hinsicht Elemente beider Diskursformationen übernahm, wurde bereits Ende der 1990er Jahre die dominierende: die Diskursformation „**Liberal Essentialists**“ (Hopf 2002: 217ff.): „Simply put, the NWR wanted to become the West; the NSR wanted to resist the West, and the LE wanted the West to let Russia be Russia.“ (ebd 217) Der LE geht von einer einzigartigen russischen Identität aus, die nach einem besonderen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Weg verlangt. Es ist diese unvergleichliche Einzigartigkeit – abgesichert durch Atomwaffenbesitz und die internationalen Normen der territorialen Integrität und Souveränität – die Russland implizit eine Großmachtrolle im internationalen System sichern. Russland müsste dabei nicht zwangsläufig zum politischen Gegenpol der USA werden, daher wäre auch ein *balancing* nicht unmittelbar nötig. Falls jedoch die Besonderheit Russlands bedroht wäre, müsse es sich mit *great power politics* verteidigen – so die Argumentation. Für die LE-Diskursformation könnte hierbei Europa durchaus ein Partner sein, denn Europa und die USA werden als verschiedene Akteure wahrgenommen.

Laut Hopf dominierte 1999 die LE-Diskursformation den russischen außenpolitischen Diskurs, wohingegen noch Argumente des NSR, aber kaum noch Argumente des „New Western Russia“ zu finden waren.

c) Anwendung: Der Beitritt der Krim zu Russland

Die Identität von 1999 sagt uns noch nichts über einen möglichen Identitätswandel in der Ukraine-Krise, doch können erste Erkenntnisse durch eine Studie zum Beitritt der Krim zu Russland gewonnen werden (Bocharova 2015). In einer Diskursanalyse zu russischen Begründungen für die russische Politik gegenüber der Ukraine in Bezug auf die Krim konnte herausgearbeitet werden, dass die LE-Diskursformation den Diskurs weiterhin eindeutig dominiert und sich seit 1999 sogar noch verstärkt hat (ebd. 46-74). Der Beitritt der Krim – in westlicher Lesart: die Annexion – werden mit folgenden Argumenten legitimiert: Die Ukraine ist als Teil des post-sowjetischen Raums von strategischem Interesse für Russland und sollte als bündnisfreies Land Teil des europäischen Hauses bleiben. Ein Bündnis der Ukraine mit dem Westen ist ein Versuch der USA, den Übergang in eine multipolare Weltordnung zu verhindern und sie agieren insofern gegen Russlands legitime Interessen. Daher bleibt *balancing* die einzig sinnvolle Reaktion, um die westliche Dominanz zu bekämpfen. Ein weiterer zentraler Punkt in der Argumentation ist zudem die Verpflichtung, Russen im Ausland – also auch auf der Krim oder in der Ukraine – zu schützen.

Die NWR-Diskursformation taucht in der öffentlichen Debatte kaum noch auf, allenfalls in Form von Oppositionskritik an Putins *regime change* und den damit verbundenen unterstellten imperialen Ambitionen (ebd. 32-35). Die Diskursformation NSR hat sich seit 1999 ebenfalls abgeschwächt, unterstützt jedoch die Handlungsempfehlungen des LE und die operative Ukraine-Politik. Die Forderungen nach einer Vereinigung aller Russen und slawischen Brüder, die Drohung eines NATO-Beitritts der Ukraine und die wahrgenommene aggressive und unilaterale Außenpolitik der USA sprechen für eine aktive russische Außenpolitik in der Ukraine und den Beitritt der Krim zur Russischen Föderation (ebd. 35-46).

Abschließend ist also festzustellen, dass sich Tendenzen der 1990er Jahre nur verstärkt haben. Die Diskurshegemonie der LE-Diskursformation ist offensichtlich und hält an, was für einen nachholenden Wandel spricht (siehe Schaubild oben): Die russische Regierung hat in der Ukraine-Krise im Rahmen dessen gehandelt, was identitär bereits möglich war. Wenn allerdings davon ausgegangen wird, dass bis in die 2000er Jahre hinein – inklusive

der ersten Amtszeit Putins (siehe Redeauszug Bundestag) – noch eine Diskursallianz zwischen LE und NWS vorhanden war, die nun von der Diskursallianz LE-NSR abgelöst wurde, könnte man von einem moderaten Identitätswandel Russlands aufgrund einer neuen Diskursallianz ausgehen. Dann wäre der außenpolitische Wandel, wie er sich im Ukraine-Konflikt bereits manifestiert hat, ein nachhaltiger Wandel der russischen Außenpolitik. Um dies zu qualifizieren, müssten allerdings aktuelle Diskurse etwa zur Ostukraine und der russischen Intervention in Syrien Studien zu Beginn der Amtszeit Putins gegenübergestellt werden.

6. Prognose

Die identitären Möglichkeitsräume der Russischen Außenpolitik ermöglichen eine aktive Außenpolitik mit militärischen Mitteln einschließlich Verstöße gegen das Völkerrecht. Falls dieser Außenpolitikwandel im Inland – durch Befürwortung der Elite und der Bevölkerung – und im Ausland durch Anerkennung der neuen Grenzen, bzw. durch stillschweigende Billigung bestätigt wird, ist zu vermuten, dass es zu einer Wiederholung dieser Strategie kommen wird. In diese Richtung weist Russlands Intervention in Syrien (vgl. Kap. Syrienkrieg). Diese neuen außenpolitischen Spielräume beziehen sich jedoch nicht nur auf militärische Operationen, sondern implizieren zugleich eine wachsende Verhandlungsmacht Russlands, wie sie beispielsweise bei den Atomprogrammverhandlungen mit dem Iran sichtbar wurde.

7. Bewertung

Die Diskursgebundene Identitätstheorie macht Wandel in der Außenpolitik nachvollziehbar – allerdings erst im Nachhinein. Sie kann keine Kausalität herstellen, sondern nur Tendenzaussagen machen und *discursive faultlines* offenlegen. Jedoch bietet sie Instrumente, um auf nationalstaatlichem Niveau – ein *2nd image*-Argument – die Auseinandersetzungen innerhalb einer Gesellschaft in Bezug auf einen außenpolitischen Kurs sichtbar zu machen. Die Verwertung dieser Erkenntnisse setzt aber die Annahme voraus, Außenpolitik würde von gesellschaftlicher Zustimmung abhängen. Im Fall Russlands würden einige Kritiker die Außenpolitik jedoch eher an Wladimir Putin festmachen und eine *1st image*-Analyse vorziehen.

8. Handlungsempfehlung

Aus einer Identitätstheorie lassen sich keine unmittelbaren politischen Handlungsempfehlungen ableiten. Jedoch können gängige Politikoptionen mit Hilfe der Theorie qualifiziert werden. Am Beispiel der Handlungsoptionen für westliche Staaten, wie Deutschland, hieße das:

1. **Anerkennungspolitik**
Der Westen, und insbesondere die EU (vgl. LE-Diskursformation), könnte versuchen mittels einer Anerkennungspolitik die Beziehungen zu Russland zu verbessern, um das Land mittelfristig wieder als Partner zu gewinnen (mögliche Elemente: Anerkennung des Beitritts der Krim, Abtretung der Ostukraine, Aufgabe der Sanktionspolitik). Diese Strategie würde besänftigend auf die „gekränkte russische Identität“ reagieren. Allerdings könnte dies auch dazu führen, dass Russland in seiner gewandelten Identität bestärkt wird, denn die neue Politik gegenüber dem Westen hätte sich dann ausgezahlt.
2. **Realpolitik**
Der Westen könnte auch versuchen, auf eine Mischung von Abschreckung, Allianzbildung und Verhandlungen zu setzen. Ersteres würde eine militärische Stärkung der NATO und der östlichen Mitgliedstaaten bedeuten, das Zweite eine offensive Allianzpolitik etwa zugunsten der Staaten Zentralasiens und die Verhandlungen würden Zugeständnisse in Bezug auf die Krim und die Ostukraine von nachprüfbareren Zugeständnissen Russlands (z. B. in Moldau und Südossetien) abhängig machen. Dies würde den Status quo zunächst erhalten, aber langfristig könnte auch dies diskursiv in Moskau so aufgenommen werden, dass sich nur eine Stärkung der russischen Außenpolitik lohnt.
3. **Verteidigung der Weltordnung**
Die Verteidigung der bestehenden Weltordnung, vor allem des Völkerrechts, würde kurzfristig zu einer Verschärfung des Konflikts mit Russland führen. Waffen- und Energielieferungen an die Ukraine, die Marginalisierung und der Ausschluss Russlands aus internationalen Institutionen, Verschärfung der Wirtschaftssanktionen und die mittelfristige Änderung der EU-Energiepolitik könnten Elemente einer solchen Politik sein. Den kurzfristig hohen Kosten einer solchen Politik stünde die Erwartung gegenüber, dass nur so die Russische Außenpolitik ‚identitär scheitern könnte‘, um einen identitären Wandel möglich zu machen. Allerdings wäre zu bedenken, dass die Richtung identitärer Wirkungen stets unklar bleibt – so könnten die Politiken in Russland nicht als Verteidigung der Weltordnung, sondern als Angriff auf Russland interpretiert werden.

Glossar

Euromaidan	Identität
Hybride Kriegsführung	Identitätselemente
außenpolitischer Wandel	Diskursformation
diskursgebundene Identitätstheorie	Diskursallianz
sozietales Sozialkonstruktivismus	russische außenpolitische Identität

Übungsfragen

1. Einige Medien sprachen während der Ukraine-Krise von einem „Informationskrieg“, in dem man nicht mehr sagen könne, welche Seite Recht habe. Sammeln Sie im Internet und in sozialen Medien Informationen zu umstrittenen Ereignissen: dem Scharfschützeinsatz in Kiew, der Flucht Janukowitschs und den Unruhen in Odessa. Überlegen und diskutieren Sie, welchen Ansichten Sie warum Glauben schenken? Was bedeutet dies allgemein für die Berichterstattung zu Ereignissen der iB?

2. Lesen Sie die Theorie der Englischen Schule (5. im Kap. Diplomatie). Welche Implikationen hat die russische Außenpolitik in der Ukraine-Krise für die *international society*?
3. Recherchieren Sie im Internet zur außenpolitischen Identität der USA. Diskutieren Sie mit Hilfe der Diskursgebundenen Identitätstheorie, unter welchen Bedingungen ein Wechsel im Präsidentenamt – etwa von Obama auf Trump – die Außenpolitik des Landes verändert!
4. Transferfrage: Wenden Sie die realistischen Theorien (vgl. 5. im Kap. Kalter Krieg und die Studie Klassischer Realismus) auf die Ukraine-Krise an! Zu welchen Handlungsempfehlungen für den Westen bzw. Deutschland würden Sie kommen? Vergleichen Sie vor diesem Hintergrund die verschiedenen Theorien kritisch!

Filmtipp: Winter on Fire: Ukraine's Fight for Freedom (2015), Evgeny Afineevskyn [Dokumentation]

Die Dokumentation zeigt die Ereignisse rund um die sogenannten „Euromaidan“-Proteste in Kiew 2013/2014 aus Sicht der Demonstranten. Die zunächst friedliche Situation zwischen Protestierenden und staatlichen Sicherheitsorganen eskaliert zunehmend und mündet in gewaltsamen Auseinandersetzungen mit über 100 Toten.

Empfohlene deskriptive Texte zur Ukraine-Krise

BpB (2014): Ukraine-Analysen: Archiv 2014, Dossier Ukraine. Bonn: BpB. Online unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/221472/archiv-2014> [letzter Zugriff 05.01.2017].

Originaltext zur russischen Identität

Hopf, Ted (2002): Social Construction of International Politics, Identities & Foreign Policies, Moscow, 1955 & 1999. Ithaka und London: Cornell University Press, insbes. S. 211–257.

Originaltexte zur Diskursgebundenen Identitätstheorie

Boekle, Henning/Nadoll, Jörg (2003): Zum Stand der Identitätsforschung; in: Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hrsg.): Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden. Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen: LIT, S. 159–166.

Nadoll, Jörg (2003): Forschungsdesign – Nationale Identität und Diskursanalyse. In: Dies., S. 167–188.

Übrige verwendete Literatur

Alexander, Manfred/Stökl, Günther (2009): Russische Geschichte – Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 7. Auflage, Alfred Kröner Verlag: Stuttgart.

Asmussen, Jan/Stefan Hansen/Jan Meiser (2015): Hybride Kriegsführung – eine neue Herausforderung? In: Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 43 (Dezember). Kiel: Institut für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (ISPK).

- Bach, Jonathan P.G. (1999): *Between Sovereignty and Integration. German Foreign Policy and National Identity after 1989*. New York: St. Martin's Press.
- BBC (18.02.2020): Ukraine conflict: Deadly flare-up on eastern front line. Online unter: <https://www.bbc.com/news/world-europe-51543463> [letzter Zugriff: 01.06.2020].
- Bellingcat (2016): MH17. The Open Source Investigation. Two years later, by and for citizen investigative journalists. Online unter: <https://www.bellingcat.com/wp-content/uploads/2016/07/mh17-two-years-later.pdf> [letzter Zugriff: 05.01.2017].
- Bocharova, Olga (2015): *Russian Foreign Policy Discourse on the Crimean Crisis*; Masterarbeit an der Universität Passau (unveröff.). Passau.
- BpB (2014): Analyse: Die Maidan-Revolution in der Ukraine – Gewaltloser Widerstand in gewaltgeladener Situation. Online unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/181536/analyse-die-maidan-revolution-in-der-ukraine?p=all> [letzter Zugriff: 13.12.2016].
- Breunig, Marijke (2007): *Foreign Policy Analysis. A comparative Introduction*; New York: Palgrave Macmillan.
- CfR (05.12.1994): Budapest Memorandums on Security Assurances. Online unter: <http://www.cfr.org/nonproliferation-arms-control-and-disarmament/budapest-memorandums-security-assurances-1994/p32484> [letzter Zugriff: 20.01.2017].
- Cruz, Consuelo (2000): Identity and Persuasion. How Nations Remember Their Pasts and Make Their Futures. In: *World Politics* 52, Nr. 2, S. 275–312.
- de Haas, Marcel (2010): *Russia's Foreign and Security Policy in the 21st century. Putin, Medvedev and beyond. Contemporary Security Studies*. Abingdon: Routledge.
- Deutsche Welle (09.03.2020): MH17-Absturz: Was man über den Strafprozess wissen muss. Online unter: <https://www.dw.com/de/mh17-absturz-was-man-%C3%BCber-den-straftprozess-wissen-muss/a-52605114> [letzter Zugriff: 01.06.2020].
- Ehrhart, Hans-Georg (2016): Unkonventioneller und hybrider Krieg in der Ukraine: zum Formenwandel des Krieges als Herausforderung für Politik und Wissenschaft. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 9, S. 223–241.
- FAZ (09.04.2014): Kerry: Moskau stiftet Chaos. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/aussenminister-kerry-verschaerft-in-ukraine-krise-ton-gegenueber-moskau-12886996.html> [letzter Zugriff: 14.12.2016]
- Gerasimov, Valery (27.02.2013): The Value of Science Is in the Foresight: New Challenges Demand Rethinking the Forms and Methods of Carrying out Combat Operations [translated by Robert Carlson]. In: *Military-Industrial Kurier*. Übersetzung online unter: http://usacac.army.mil/CAC2/MilitaryReview/Archives/English/MilitaryReview_20160228_art008.pdf [letzter Zugriff: 20.01.2017].
- Guardian (17.12.2015): Putin admits Russian military presence in Ukraine for first time. Online unter: <https://www.theguardian.com/world/2015/dec/17/vladimir-putin-admits-russian-military-presence-ukraine> [letzter Zugriff: 12.01.2017].
- Hansen, Lene (2006): *Security as Practice. Discourse Analysis and the Bosnian War*. London/New York: Routledge.
- Jepperson, Ronald/Wendt, Alexander/Katzenstein, Peter J. (1996): Norms, Identity, and Culture in National Security, in: Katzenstein, Peter J. (Hg.): *The Culture of National Security*. New York: Columbia University Press, S. 33–75.
- Joint Investigation Team (28.09.2016): Flight MH17 was shot down by a BUK missile from a farmland near Pervomaiskyi. Openbaar Ministerie, onderwerpen. Online unter: <https://www.om.nl/onderwerpen/mh17-crash/@96068/jit-flight-mh17-shot/> [letzter Zugriff: 05.01.2017].
- Kappeler, Andreas (2014): *Kleine Geschichte der Ukraine*, 4. Auflage, C.H. Beck: München.
- Kropačeva, Elena (2010): *Russia's Ukraine policy against the background of Russian-Western competition*. Baden-Baden: Nomos.
- Lo, Bobo (2003): *Vladimir Putin and the evolution of Russian foreign policy*, London: The Royal Institute of International Affairs, Oxford: Blackwell Publishing.
- March, J. G. and Olsen, J. P. (1995): *Democratic Governance*. New York: Free Press.
- Malinova, Olga (2013): Russia and 'the West' in the 2000s. Redefining Russian identity in public official discourse. In: Tars, Ray (Hg.): *Russia's identity in international relations. Images, perceptions, misperceptions*. New York: Routledge, S. 73–90.
- Medick-Krakau, M. (1999): Außenpolitischer Wandel: Diskussionsstand – Erklärungsansätze – Zwischenergebnisse. In: Dies. (Hg.): *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, S. 3–32.

- OSZE (1975): Schlussakte von Helsinki 1975. Online unter: <https://www.osce.org/de/mc/39503?download=true> [letzter Zugriff: 20.01.2017].
- Peters, Anne (2014): Das Völkerrecht der Gebietsreferenden: Das Beispiel der Ukraine 1991-2014 (The International Law of Territorial Referendums: The Example of Ukraine 1991-2014). In: Osteuropa (special issue: Zerreißprobe: Die Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg) 64, 5-6 (2014). Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law, S. 101–133.
- Poroschenko (2014), zitiert nach Handelsblatt Online (20.07.2014): Vorwürfe aus der Ukraine: „Russland in Flugzeugabsturz verwickelt“. Online unter: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/vorwuerte-aus-der-ukraine-russland-in-flugzeugabsturz-verwickelt/10224986.html> [letzter Zugriff: 21.10.2016].
- Putin, Wladimir (2001): Wortprotokoll der Rede Wladimir Putins im Deutschen Bundestag am 25.09.2001. Simultanübersetzung. Online unter: https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort/244966 [letzter Zugriff: 31.10.2016].
- Putin, Vladimir (2007): Speech and the Following Discussion at the Munich Conference on Security Policy. February 10, 2007, 01:38. Munich. Online unter: <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/24034> [letzter Zugriff: 16.01.2017].
- Racz, Andras (2015): Russia's Hybrid War in Ukraine: Breaking the Enemy's Ability to Resist. Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs, S. 57–67. Online unter: http://www.fiaa.fi/en/publication/514/russia_s_hybrid_war_in_ukraine [letzter Zugriff: 20.01.2017].
- Sachartschenko (28.08.2014): Interview mit Alexander Sachartschenko in Sputnik News (russisches Staatsmedium). Online unter: <https://de.sputniknews.com/politik/20140828269409865-Donzker-Premier-Blutsbrder-aus-Russland-kmpfen-in-unseren/> [letzter Zugriff: 16.12.2016].
- Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 47-48. Bonn: BpB. Online unter: <http://www.bpb.de/apuz/194816/historische-hintergruende?p=all> [letzter Zugriff: 20.01.2017].
- Schuller, Konrad (2016): Krieg der kleinen Schritte. In: FAZ v. 20.10.2016, S. 2.
- Stahl, Bernhard (2003): Auswertung: Identitäten und Diskurse im analytischen Vergleich. In: Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hg.): Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden. Dokumente und Schriften der Europ. Akademie Otzenhausen. LIT, S. 382–404.
- Stahl, Bernhard (2012): Taumeln im Mehr der Möglichkeiten – die deutsche Außenpolitik und Libyen. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Heft 5, S. 575–603.
- Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (2009): Nationale Identitäten und Außenpolitiken: Erkenntnisse, Desiderate und neue Wege in der Diskursforschung. In: Dies. (Hg.): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt (1996-2008). Reihe „Außenpolitik und Internationale Ordnung“. Nomos-Verlag, S. 31–58.
- Stahl, Bernhard/Lucke, Robin/Anna Felfeli (2016): Comeback of the transatlantic security community? Comparative securitisation in the Crimea crisis. In: East European Politics, Vol. 32, No 4 (Dec.), S. 525–546. Online unter: <http://dx.doi.org/10.1080/21599165.2016.1231670> [letzter Zugriff: 20.01.2017].
- Sutyagin, Igor (2015): Russian Forces in Ukraine. Royal United Services Institute (Rusi), Briefing Paper. London.
- Südwestrundfunk (12.02.2020): Fünf Jahre Minsker Friedensplan: Eskalation gestoppt, aber Ukraine-Konflikt bleibt ungelöst. Online unter: <https://www.swr.de/swraktuell/minsker-abkommen-100.html> [letzter Zugriff: 01.06.2020].
- Taras, Ray (2013): The power of images and the images of power: past and present identity in Russia's international relations. In: Ders. (Hg.): Russia's identity in international relations. Images, perceptions, misperceptions. New York: Routledge, S. 1–10.
- UN: UN-Charta. Online unter: <http://www.unric.org/de/charta> [letzter Zugriff: 20.01.2017].
- Venedig Kommission (2014): Meinungspapier der Venedig Kommission, Opinion no. 762/ 2014. Europarat. Venedig am 21.03.2014. Online unter: [http://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-AD\(2014\)002-e](http://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-AD(2014)002-e) [letzter Zugriff am 10.01.2017].
- Westlind, Dennis (1996): The Politics of Popular Identity. Lund: Lund University Press.
- ZEIT Online (09.02.2015): Chronologie: Die Ukraine – von der Regierungskrise zum Krieg. Online unter: <http://www.zeit.de/news/2015-02/06/konflikte-chronologie-die-ukraine---von-der-regierungs-krise-zum-krieg-06141804> [letzter Zugriff: 16.12.2016].